

70521 T3 170521

## Schüler beschäftigen sich mit Petition

Friedrichsdorf – In diesen Zeiten besondere Projekte für die Schüler anzubieten, ist schwierig. Doch Anika Vogt und Sabine Hauptmann haben es geschafft: Die beiden Lehrerinnen der Philipp-Reis-Schule (PRS) haben mit ihren 40 Schülern der beiden Leistungskurse Politik und Wirtschaft (PoWi) der Stufe zwölf am Planspiel des Hessischen Landtags teilgenommen. „Die Teilnahme fand online statt, die Schüler waren in sechs Klassenräume verteilt und über eine virtuelle Plattform mit dem Landtag verbunden“, berichtet Vogt. Das Thema lautete „Petitionsausschuss“.

„Die Schüler haben erfahren, wie man Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen kann.“ Virtuell wurden die Teilnehmer von Manuela Strube (SPD), der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, begrüßt. „Auch andere Abgeordnete des Landtages waren dabei.“ Die Schüler haben gelernt, wie man eine Petition erstellt und wie es

sich anfühlt, gespannt auf das Votum in der Simulation zu warten. Das Planspiel hat im Rahmen eines Pilotprojekts stattgefunden. „Ein ehemaliger PRS-Schüler, Julian Menn, hat das alles mit organisiert“, verrät Anika Vogt. „Er absolviert gerade beim Landtag sein Freiwilliges Soziales Jahr“, fügt sie hinzu. „Das Projekt war für uns auch dank der guten digitalen Ausstattung unserer Schule mit Smartboards und Headsets machbar.“

Jede der sechs Gruppen, in die die Schüler eingeteilt waren, hat sich mit einem anderen Thema beschäftigt. „Jede Gruppe hat einen Abgeordneten zur Seite gestellt bekommen“, informiert Vogt. Die Petitionen, mit denen sich die Zwölfklässler im Planspiel beschäftigt haben, sind Anliegen, die aus der hessischen Schülerschaft stammen. Eine Petition stammt von der Landesschülervertretung, die sich für die Reform des aktuellen Hitzefrei-Erlasses einsetzt.

„Leider reichte die Zeit nicht dafür, dass unsere Schüler eigene Petitionen formulieren konnten“, meint Vogt. Die Hitzefrei-Petitionen ist aus den Erfahrungen der Hitzewellen der vergangenen Jahre entstanden. Der Landeschülerrat fordert, dass von 26 Grad Celsius an in der Sekundarstufe I und von 28 Grad Celsius an in der Sekundarstufe II der Unterricht verkürzt wird. Denn in der aktuellen Verordnung entscheidet die Schulleitung nach eigenem Ermessen, ob und in welcher Form Maßnahmen als Reaktion auf große Hitze ergriffen werden, ohne dass dafür konkrete Temperaturrichtwerte genannt werden. Bei der Diskussion, so Vogt, wurde deutlich, dass es um das genaue Hinterfragen der Anliegen geht und das Klären der Fakten sowie das Abwägen. „Der letzte Schritt ist, sich ein persönliches Urteil zu bilden.“ Interessant sei für ihre Schüler auch die Erfahrung gewesen, wie man

dann Unterstützung der Abgeordneten bekommt. „Dabei wurde deutlich, dass die Fakten bei der Entscheidung gezählt haben und nicht die politische Ausrichtung“, schildert sie. Im Fokus des politischen Planspiels stand somit auch für die Schüler das Hinterfragen von Entscheidungen. „Ihnen wurde gezeigt, wie sich plötzlich durch eine Petition die Chance auf eine Gesetzesänderung zu bewirken“, stellt sie fest. „Die Schüler haben nun erlebt, wie eine Petition formuliert wird, wie man sich auf politischer Ebene dann inhaltlich damit auseinandersetzt und dabei auch die juristischen Aspekte nicht außer Acht lässt“, fasst sie zusammen. Und noch etwas Entscheidendes ist den Oberstufenschülern vor Augen geführt worden: „Jeder Bürger, egal wie jung oder alt, kann sich jederzeit mit einer Petition an den Landtag oder den Bundestag wenden“, sagt Vogt. **KATJA SCHURICHT**